

Gesellschaft täglich
nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreise
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 Mk.
vierteljährl. bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.
Postzeitungsliste 6255a, Nachtrag VII.

Volkswort

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.
Telegraph-Adresse: Volkswort Halleaale.

Insertionsgebühren
betragt für die 4spaltige
Zeile oder deren Raum 15 Pf.
für Vereins- und Besammlungs-
anzeigen 10 Pf.

Insertate für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
1/10 Uhr in der Expedition
aufgegeben sein.

Nr. 99.

Halle a. S., Donnerstag den 30. April 1891.

2. Jahrg.

Einladung zum Abonnement
auf das

„Volkswort für Halle und den Saalkreis“.

Mit dem 1. Mai eröffnen wir ein neues Monats-Abonnement
auf das „Volkswort“. Unsere Freunde ersuchen wir, auch
fernerehin für die Verbreitung unseres „Volkswortes“ thätig
und darauf bedacht zu sein, daß dasselbe in den Kreisen der Ar-
beiterbevölkerung immer festeren Fuß faßt. Das Abonnement
betragt pro Monat bei freier Zustellung 50 Pf. Neueintretende
Abonnenten erhalten das Blatt bis zum 1. Mai gratis.
Kontaktionsnummern stehen den Parteigenossen auf Wunsch
in beliebiger Anzahl zur Verfügung.

Verlag und Redaktion des „Volkswortes“,
Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Gemäß des Auftrages, der ihr von der im November v. J. in
Berlin tagsübernden Gewerkschafts-Konferenz geworden,
hat die unterzeichnete Kommission sich in ihrer letzten gemein-
schaftlichen Sitzung mit der Einberufung eines allgemeinen
Gewerkschafts-Kongresses, sowie der Beweisen zu machenden
Vorlagen beschäftigt und werden die in der Form der nach-
folgenden Resolution dabei gefaßten Beschlüsse der deutschen
Arbeiterkraft hiermit mit dem Ersuchen unterbreitet, dieselben
in der Presse und in Besammlungen distanzieren und das
Resultat dieser Distanzierungen der Generalkommission übermitteln
zu wollen.

Resolution.

Organisation der deutschen Gewerkschaften.
Um ein einheitliches planmäßiges Vorgehen der unter den
bestehenden Verhältnissen in Deutschland möglichen gewerkschaftlichen
Arbeiter-Organisationen herbeizuführen, sowie zur Erreichung
ihrer Zwecke, insbesondere bei Streiks und Ausprägungen eine
gegenseitige wirksame Unterstützung zu garantieren, verbinden
sich die Arbeiter in folgender Weise:

Die Grundlage der gesamten Gewerkschafts-Organisation
bildet der Zentralverein der einzelnen Berufe.

Jeder dieser Zentralvereine (Verbände) hat in allen Orten,
wo eine genügende Anzahl Berufsangehöriger vorhanden und keine
gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, Hauptstellen zu er-
richten. Wo solche Hindernisse bestehen, ist den Arbeitern zu
empfehlen, als Einzelmitglieder den Zentralvereinen beizutreten
und sich durch geeignete Vertrauensmänner eine freie Vertretung
und Verbindung mit der Gesamtorganisation zu schaffen.
Dieses Vertrauensmänner-System ist so zu gestalten, daß es
gleichzeitig eine Vertretung der Gesamtheit der Berufsangehörigen
in den Orten bildet, wo für die Zentralvereine als solche
Schwierigkeiten bestehen.

Außerdem sind an solchen Orten lokale Vereine, eventuell

in Verbindung mit verwandten Berufszweigen, zu schaffen, zu
denen möglichst die Gesamtheit d. h. in Frage kommenden Be-
rufsgenossen heranzuziehen ist.

Unter allen Umständen sind jedoch die Klassenbewußten
Arbeiter eines jeden Ortes werththätig, sich eine Form der
Organisation zu schaffen, durch welche eine Vertretung sämt-
licher am Orte befindlicher Berufsangehöriger ermöglicht wird.

Aufgaben der Zentralvereine (Verbände).

Die einzelnen Zentralvereine haben die Aufgabe, unter Aus-
schluß aller politischen und religiösen Fragen, die wirtschaft-
lichen Interessen ihrer Mitglieder alleseitig zu wahren, insbe-
sondere durch Maßnahmen, welche nach § 162 der Gewerbe-
Ordnung zulässig, zur Erzielung bzw. Erhaltung möglichst
günstiger Arbeitsbedingungen beitragen.

Mittel zu diesem Zwecke sind:

- 1) Regelung der Arbeitsverhältnisse und Beseitigung von
Hindernissen in den einzelnen Werkstätten bzw. Arbeits-
plätzen, wie im ganzen Gewerbe;
 - 2) Verbreitung von Bildung unter den Mitgliedern;
 - 3) Errichtung von Herbergen und Arbeitsnachweisen;
 - 4) Pflege der Berufshilfsstellen;
 - 5) Unterstüßung bei Arbeitseinstellungen, welche durch die
Organisation auf Grund ihrer statutarischen Bestimmungen
beschlossen werden; sowie ferner
 - 6) soweit die Klassenverhältnisse es gestatten, durch Unterstüßung
solcher Mitglieder, welche
1. auf der Werkstätte sich befinden;
 2. in die gewerbliche Streitigkeiten oder solche Prozesse ver-
wickelt sind, die infolge ihrer Tätigkeit für die Organisation
oder auf Grund von § 163 der Gewerbe-Ordnung bzw.
der diesen Paragraph ergänzenden Paragraphen des Straf-
Gesetz-Buches angeklagt sind.

Unionen.

Die Zentralvereine (Verbände) der verwandten Berufszweige
(Banarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter etc.) verbinden sich
unter einheitlicher und aus Werklandsmitgliedern sämtlicher
dabei in Betracht kommender Berufsorganisationen bestehender
Leitung zu Gruppen-Organisationen, sogen. Unionen.

Aufgaben der Unionen.

- 1) Möglichst planmäßige und auf gemeinschaftliche Kosten zu
betreibende Agitation für die zur Union gehörenden Be-
rufszweige;
- 2) Preisung eines gemeinschaftlichen Vorgehens, welches
so einheitlich sein muß, daß den Interessen sämtlicher
dabei beteiligten Zentralvereine Rechnung getragen wird;
- 3) Streiks, welche innerhalb der zur betreffenden Gruppe ge-
hörenden Berufsgruppen notwendig werden, von den
einzelnen Berufsorganisationen aber nicht wirksam geführt
werden können und nachdem sie von der Union genehmigt
sind, auf gemeinschaftliche Kosten zu führen. Letztere sind
im prozentualen Verhältnis zur Mitgliederzahl von allen
zur Union gehörenden Einzelorganisationen aufzubringen;
- 4) die Berufshilfsstellen der einzelnen Organisationen zu fördern
und für Beschäftigung der Resultate zu sorgen;
- 5) die für die zur Union gehörenden Berufe errichteten Her-
bergen, Arbeitsnachweise und Hauptstellen für Reiseunter-
stützung in den einzelnen Städten möglichst zu zentra-
lisieren.

Generalkommission.

Zur Herbeiführung einer Verbindung der einzelnen Unionen
untereinander, sowie zur Beförderung derjenigen Angelegenheiten,

an denen alle Gewerkschaften gleichmäßig interessiert sind, keine
aber für sich zu deren Regelung geeignet ist, wird eine ge-
nerale Arbeiterkraft, die Generalkommission, gebildet. Dieselbe
besteht aus Reben von dem alle zwei Jahre stattfindenden all-
gemeinen Gewerkschaftskongress jedesmal zu wählenden Mit-
gliedern und aus je einem Vertreter der einzelnen Unionen.

Aufgaben der Generalkommission.

- 1) Die Vertretung der Agitation in benachteiligten Gegenden,
Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organi-
siert sind;
- 2) ein Blatt herauszugeben, welches die Verbindung sämtlicher
Gewerkschaften mit zu unterstützen, die nötigen Be-
sammlungen zu veröffentlichen und soweit geboten,
deren rechtzeitige Besammlungen in der Tagespresse her-
beizuführen hat;
- 3) die von den einzelnen Unionen bzw. Zentralvereinen aus-
gegebenen Statistiken zu einer einheitlichen für die ge-
samte Arbeiterkraft zusammenzufassen;
- 4) Rechtliche Angelegenheiten über sämtliche Streiks zu führen
und periodisch zu veröffentlichen;
- 5) in bekannten und dringenden Fällen und unter Zustimmung
der Kreisräte der Unionen an einzelne Gewerkschaften oder
Unionen bei Streiks Unterstüßung aus einem zu schaffenden
Generalfonds zu gewähren.

Zur Durchführung der vorstehend beschriebenen Organisation
und deren Aufgaben hält die unterzeichnete Kommission einen
Wochenbeitrag von mindestens 15 Pf. pro Mitglied für die
einzelnen Berufsorganisationen für erforderlich. Letztere
haben von ihrer Gesamteinnahme 10 Proz. an die Union
und diese von ihrer sich so ergebenden Einnahme 20 Prozent
an die Generalkommission abzuführen.

Zentralvereine, welche keiner Union angehören, haben von
ihrer mit 15 Pf. pro Mitglied und Woche zu berechnenden
Gesamteinnahme ebenfalls 2 Prozent an die Generalkommission
abzugeben.

Mit Rücksicht auf die der obigen Prozentberechnung zu Grunde
gelegte Annahme empfiehlt die unterzeichnete Kommission
allen Gewerkschaften, welche noch vor Jahresantritt des nächsten
allgemeinen Gewerkschaftskongresses Spezialkongresse
Generalarberrammlungen abhalten, schon da ihre Beiträge, falls
diese z. B. weniger als 15 Pf. betragen, auf diese Minimal-
höhe zu bringen.

Auf Beschluß der Berliner Gewerkschaftskonferenz soll der
nächste allgemeine Gewerkschaftskongress erst nach Berichtigung
der §. 3. in der Beratung befindlichen Gewerbeordnungs-Novelle
einberufen werden. Da sich dieser Zeitpunkt jetzt noch keines-
wegs absehen läßt, so war die unterzeichnete Kommission auch
außer Stande, für die Tagung des Kongresses einen Termin zu
bestimmen. Doch ist folgender Plan im Auge gefaßt: Kon-
der Einberufung zum Jahresantritt des Kongresses soll
möglichst ein Zeitraum von mindestens sechs Wochen liegen.
Ferner soll derselbe auch wieder mit dem in der zweiten Hälfte
des August in Brüssel tagenden internationalen Arbeiter-
kongress, noch mit dem wahrscheinlich im Oktober stattfindenden
sozialdemokratischen Parteitag gleichzeitig, noch kurz vorher
darauf abgehalten werden. Die Generalkommission ist daher
der Meinung, falls die Umstände nicht die Berufung des Kon-
gresses auf späteren Anfang August oder Mitte Septembe-

57] Sand und King.

Roman von Anna Katharina Green.
[Nachdruck verboten.]

Mr. Drcutt, der bis nun an seine Argument felsen-
fest gehalten, fuhr auf und protestierte: „Ich erhebe
Einwendung dagegen. Die P... hat reichlich Gelegen-
heit gehabt, alles, was sie wollte, auszusagen. Ich
unterbreite es dem Gerichtshofe, ob mein gelehrter
Kollege nicht hätte seine Mißbegierde ihr gegenüber
vor Abschluß der Anlage erschöpfen sollen?“

„Mr. Ferris“, wendete sich der Richter an den
Distriktsanwalt, „rufen Sie die Zeugnis auf, um neuer-
liches Material für die Anlage vorzubringen oder um
die Verteidigung zu entkräften?“

„Euer Ehren“, antwortete der Frage, „ich muß
es dem Gerichtshofe und meinem Gegner gestehen, doch
nach Auffstellung der Anlage ein so maßgebendes
Faktum noch zu meiner Kenntnis gekommen ist, daß
ich mich verpflichtet fühle, es den Schworen mit-
zuteilen. Um dessen willen und weil mir vordem jeg-
liche Basis zu einer Fragestellung in dieser Richtung
gefehlt hat, erbitte ich die Wiederaufnahme der Ver-
handlung meinerseits.“

„Wo liefert die Zeugenaussage, die Sie vorzubringen
wünschen, keinen Gegenbeweis gegen die Angaben der
Verteidigung?“

„Das kann ich nicht sagen“, entgegnete Mr. Ferris
schlau, „denn wenn die Zeugenaussage, die ich vorzu-“

bringen gedente, auf Wahrheit beruht, wird sich der
Nachweis ergeben, daß der Gefangene, wenn er der
Witwe Haus nach dem Attentat verließ, noch die
Station am Steinbruche rechtzeitig zu erreichen ver-
mochte.“

Nun war Mr. Drcutt aufs äußerste betroffen und
besorgt. Vergeblich wart er einen forschenden Seiten-
blick auf Innozene, der dicke Schleier ließ ihre Hüfte
nicht erkennen. Mit erbläunten Lippen rief er: „Kann
mein gelehrter Freund wirklich annehmen, daß der Gericht-
hof werde auf seinen zweifelhaften Antrag eingehen?
Wenn es sich um einen Gegenbeweis der Verteidigung
handelt, möge er es angeben, damit ich im anderen
Falle Protest erheben kann gegen die Wiederaufnahme
des Verhörs um eines nebenläufigen Umstandes willen.“

„Die Aussage dieser von mir vorgeschickten Zeugin
liefert einen Gegenbeweis.“

„Durch diese Zeugin! Ihre Zeugenaussage zu diesem
Zwecke ist eine letzte!“ rief Mr. Drcutt ironisch.
Er fühlte sich so mächtig erregt, daß er nur mühsam
seine äußere Fassung bewahrte, als er zum Richter
gewendet vorfuhr: „Ich ziehe meinen Protest zurück,
Euer Ehren, denn wahrlich, ich bin begierig zu hören,
wieso Miß Dare oder irgend eine andere Dame in
der Lage wäre, die Verteidigung zu widerlegen.“

„Wie furchtbar aufregend für den Gefangenen!“
säuferte Byrd.

„So ziemlich. Doch sehen Sie nur, er ist ruhiger
und gefasster als Mr. Drcutt.“

„Ja, aber sehen Sie auch, wie sein Blick durch den
Schleier zu dringen sucht.“

„Endlich sucht er Miß Dare zu beeinflussen, doch ist's
jetzt zu spät.“

Der Distriktsanwalt wiederholte seine Aufforderung
an Innozene, sich auf die Zeugenbank zu begeben.
Gleich einer Nachtwandlerin begab sie sich auf den ihr
angewiesenen Platz. Als sie den Schleier zurückschlug,
verstumte jegliches Geflüster, und es trat eine geradzu
furchterliche Stille ein. Es lag ein Ausdruck in diesem
ebelglühenden Gesichte, das sich so gleich von dem hoch-
schwarzen einfachen schwarzen Kleide abhob, daß sich
auch die kaltherzigste Neugierde zu Mitleid wandelte.
Regungslos stand sie da, den Blick, den sie früher
stets auf den Gerichtshof gerichtet, zu Boden gesenkt.

„Miß Dare, wollen Sie uns sagen“, hub der Distrikts-
anwalt an, „wo Sie sich am Mittag des 26. Sept.
im verwichenen Jahre befunden haben?“

„Ehe sie noch ihre starren blaffen Lippen zur Ant-
wort zu bewegen vermochte, fuhr Mr. Drcutt, mit der
Wiene eines Mannes, der Schritt um Schritt eine
drohende Gefahr belämpfen will, dazwischen: „Ich pro-
testiere! Diese Frage zielt nicht auf einen Gegenbeweis
der Verteidigung ab.“

„Will mein gelehrter Freund nicht lieber die Zeugin
Antwort geben lassen, ehe er über deren Anhalt Aus-
sagen stellt?“ entgegnete Ferris.

„Nein, das will ich nicht, denn ein Kind muß ein-
sehen, daß diese Frage nicht mehr an der Zeit ist.“

Labinett und in seiner Bibliothek fanden. Die meisten
Altenbände waren alphabetisch bezogen, andere mit
Ramen. So gibt es in der Sammlung einen Doffier
Cavour, ein Doffier Bismarck, ein Doffier Crispin
u. s. w. Auch sehr interessante Briefe Napoleons I.
die noch niemals veröffentlicht wurden, sollen sich
befinden. Unter dem Kaiserreich hatte Prinz Napoleon
bekanntlich Auftrag erhalten, die Veröffentlichung der
Korrespondenz Napoleons I. zu leiten. Bei dieser
Gelegenheit fielen ihm Briefe in die Hände, deren
Geheimhaltung ihm geboten schien. „Ich konnte doch“,
sagte er, „Briefe nicht dem Drucke übergeben, in denen
der Kaiser seinen Generalen befehlt, in Spanien Dörfer
niederzubrennen, Städte zu brandstiften, auch ein
paar Einwohner standrechtlich erschießen zu lassen, um
den Spaniern die Luft zu vertreiben, französische Provi-
nantzige zu überfallen.“ Unter den Dokumenten, welche
für die Geschichte von hohem Werte sein werden, nennt
der Gewährsmann des „Figaro“ die Briefe des Grafen
Cavour, die gewissermaßen die Geheimgeschichte der
italienischen Einheit enthalten, dann solche Rossutys
über die Umtriebe in Ungarn und das Anerbieten des
ungarischen Throns, das im Jahre 1859 vom Vetter
Napoleons III. gemacht wurde, und die Korrespondenz
mit Karl Vogt, Oberst Rüstow und mit Herrn von
Bismarck bis Sadovna. So lange schwärzte Prinz
Napoleon für die deutsche Einheit und Preußen, dann
mußte er, durch die Ereignisse gewarnt, eine andere
Richtung einschlagen und der Briefwechsel hörte auf.
Was nun aus all diesen Dokumenten werden soll?
Prinz Napoleon hatte gewünscht, sein Freund Frédéric
Maffon möchte sein Lebensbild schreiben und sich dann
dieser Beweiskräfte sowie seiner eigenen Aufzeichnungen
über gewisse Vorgänge bedienen. Ob dies nun ge-
schehen soll, steht bei dem Prinzen Ludwig mit seinem
Bruder.

Italien.

Die „Tribuna“ meldet aus Neapel, daß am
Sonntag 22 Verhaftungen wegen Aufreizung zur
Revolution am 1. Mai und zahlreiche revolutionäre Auf-
rufe an Soldaten, vorgenommen worden seien.
In Turin trafen viele aus Frankreich ausge-
wiesene italienische Sozialisten ein, welche die Turiner
Polizei sofort einlieferte. Laufende von an das Militär
gerichteten revolutionären Manifesten wurden beschlag-
nahmt. Auch in anderen Städten verhaftete die Polizei
zahlreiche Anarchisten.

Partei-Nachrichten.

Das Centralwahlkomitee für die sächsischen
Landtagswahlen macht bekannt, daß alle Petitionen an
den Vorständen deselben, Otto Leander in Bernsdorf
bei Chemnitz zu richten sind.
Ueber den sozialdemokratischen Reichstags-Abgeord-
neten für den 15. sächsischen Wahlkreis (Wittweido-Burgstädt),
Schmidt, hat das Polizeiamt zu Wittweido wegen großen
Unfugs eine zweimonatliche Haftstrafe verhängt. Schmidt,
der Redakteur der in Burgstädt erscheinenden „Wohlfahrt“,
hatte eine Wägenverletzung veröffentlicht, deren Inhalt
nach der Ansicht der genannten Behörde gerichtet er-
scheint, bei dem nicht der sozialdemokratischen Partei angehörenden Publi-
kum schweres Vergehen zu erregen, es zu beunruhigen und
dadurch die öffentliche Ordnung zu stören. Ausserordentlich
seltsam klingt es, daß Herr Schmidt bereits angefangen
worden ist, er werde, falls er nicht richtiger Entscheidung
erleidet, am 4. Mai eine Haftstrafe anzutreten haben, widrigen-
falls er abgehört werden würde.

Aus Stadt und Land.

Halle, 29. April.

Störungen im Betriebe der elektrischen Stadtbahn stellen
sich immerhin noch ab und zu ein, was auch bei der kurzen
Zeit der Einübung des Fahrpersonals und des Einfahrens der
Wagen noch entschuldbar erscheint. Gestern fand ein minuten-
langer Aufenthalt in der Leichterstraße am Ariebeplatz
dadurch statt, daß einer der schweren elektrischen Wagen aus
den Schienen glitt. Das Einleiten derselben in die
letzten Versuche natürlich mehr Mühe und Zeitverlauf, als
bei den leichten Wagen, da einmal die Luft des Bogens gröbere
Kraftaufwendung erfordert, ferner die hierzu sonst sehr zü-
berblickliche Aufgabe des Fiebers mangelte. Die elektrische Kraft
kann hierbei nicht mitwirken, weil durch das Einleiten auch
gleichzeitig der elektrische Strom unterbrochen wird. — Heute
abend gegen 9 Uhr mußte ein elektrischer Wagen wegen eines
Fehlens an der Maschine nach dem Depot abfahren. Wegen
der Durchfahrt derselben von der Verseburger- nach der
Magdeburgerstraße hatte man irrtümlicherweise angenommen,
daß derselbe eine neue Tour: Schmidtstraße-Steinbof, beschre.
§ **Wacht eigenmächtig** nimmt sich die Nachtracht aus, daß die
Beitrag der Kaiserfälle den Mitgliedern der sächsischen
Kammern, „Kriegs-“, „Friede-“ und „Landwirtschaftlichen
Bereine bei Vorlegung ihrer Mitgliedslisten an einer
besonderen Kasse den Eintritt zu allen Klagen für den selben
Kassenspreis anbietet. Von einer Mitgliedsbeiträge der wirt-
schaftlich unglücklicher gestellten Arbeitervereins-Mitglieder ist
nicht gesagt — von den Arbeitern also nimmt die Zeitung
der „Kaiserfälle“ die vollen Kassenspreise — sehr gerecht und
edel gedacht, fürwahr! — Die Maßregel macht übrigens den
Eindruck, als wenn man damit das Publikum, welches den

Kaiserfällen zu sehen scheint, heranziehen wollte. Wenn das
Publikum nicht schilt, würde man schwerlich einen solchen
Schritt gethan haben.

Im Prozeß gegen Frau Auguste Hoffmann wegen Ueber-
tretung des Verleumdungs-Richtmaßes des hiesigen
Kammergerichts Berlin angehängt, der 2. welches die eingele-
gten Revision verworfen worden ist. Die Urteile des hiesigen
sich sehr kurz, sie lesen mit bürren Worten, daß die tatsäch-
lichen Feststellungen des Landgerichts Halle die Anwendung
der §§ 2 und 13 der betreffenden Verordnung rechtfertigen
und also in der Anwendung der genannten Gesetzesbestimmungen
auf den festgestellten Thatbestand ein Rechtsirrtum nicht zu er-
kennen sei.

Ein **traurige Erfahrung** mußten heute morgen die
Müllerischen Eheleute, Brunnenstraße 5, machen. Als die Mutter
der Aufmerksamkeit zurückkam, entdeckte sie mit Schrecken,
daß die Thür des Sekretärs Kabinetts war; es hatte die
Thür ihr einziger Sohn, 9 Jahr alt, verbrocht. Mit ihm
waren sein neuer Anzug, 36 R. und des Vaters Uhr ver-
schwunden. Nach allen Nachforschungen war selbiger per Bahn
nach Magdeburg geritt. Polizeiliche Anzeige ist gemacht.

§ **Streitkräftig** verfolgt von der hiesigen Staatsanwaltschaft
wird ein angehöriger Oberleutnant A. v. Dohrenthal, über
welchen wegen Betrugsverdachts die Untersuchungshaft verhängt
ist. Als besonders Kennzeichen hier vermerkt: seines und
seiner Kintereiten.

§ **Berunglückt**. In der Armaturenfabrik von Wilhelm Kramer
verunglückte heute vormittag der Schlosser Brand von hier
an der Bohrmaschine und zerquetschte sich an der rechten Hand
den kleinen Finger. Er wurde in die Klinik aufgenommen.

§ **Schuldig**, 22. April. Daß unsere gute Sache immer mehr
und mehr Verbreitung auch in unserer Stadt findet, zeigte eine
am vergangenen Sonntag im „Bürgergarten“ stattgehabene
öffentliche Frauenversammlung. Der Saal war bis auf den
letzten Platz gefüllt, es mußten sogar viele wieder umfahren,
weil kein Raum mehr da war. Nachdem das Bureau ge-
wählt war, ergriff Frau Emma W. von Berlin das Wort zu
dem Thema: „Moralität und Weiblichkeit“. Sie betonte,
es gebe ganz bestimmte Grundsätze, die Weiblichkeit und Sittlich-
keit, diesen alle Weiber haben zu befolgen und zwischen
diesen Grundsätzen liegt das Leben; es wäre daher jedes Weibens
Pflicht, sich diesen Leben so anzugewöhnen wie möglich zu gestalten.
Natürlich dürfe das nicht geschehen auf Kosten eines anderen,
was es heute geschieht, wo der Kapitalist ein angenehmes Leben
führt auf Kosten der Arbeiter. Sie unterzog dann die heutige
Produktionsweise einer vernünftigen Kritik, wie die Arbeiter
ausgebeutet würden durch lange Arbeitszeit und ermüdenden
Verdienst, hauptsächlich Arbeiterinnen, welche neben ihrer Ver-
pflichtung auf ihre Ehre häufig einbüßen, indem der geringe
Lohn nicht ausreicht zum Leben und dieselben durch die
Prostitution in die Arme getrieben werden. Sie wies das
selbe durch verschiedene Beispiele an eine Statistik. Darauf
meinte dieselbe, die Geschichte von der Schöpfung und dem Para-
dies seien mythologische Sagen, daselbe beweise die Wissen-
schaft, überhaupt läge das Paradies nicht hinter uns, sondern
vor uns. Daselbe zu erreichen, müsse jeder eheliche Mensch
mit Hand anlegen. Das Paradies, welches wir anstreben,
heißt gesellschaftliche Produktion; um dieselbe zu erringen,
müssen wir uns organisieren, die Frauen so gut wie die Männer,
dann wird auch der Sieg nicht fern sein. Es war ein
sehr schöner und lehrreicher Vortrag, welcher durch vieles
Bevorzugen unterbrochen wurde. Darauf erwiderte sich eine
sehr feine Diskussion, in welcher auch Redner und Rednerinnen
im Sinne der Referentin sprachen. Genosse Walter-Nobels-
w forderte die Versammlung auf, sich zum Danke für den
gehörten Vortrag von ihren Eigen zu erheben, wogegen aber
die Referentin energisch protestierte, sie meinte, es wäre be-
schämend für sie, indem sie nur ihre Pflicht getan hätte und
ein Mensch sie nicht mehr wie der andere. Hierauf ergriff
Genosse Weisse das Wort und forderte die anwesenden Frauen
auf, ihre Männer in den Arbeiterverein zu schicken und nur
Arbeiterblätter zu lesen, für die Frauen sei hauptsächlich die
Zeitschrift die „Mittlerin“ empfehlenswert. Genosse W. sprach
sodann, daß nur in solchen Fällen zu verfahren sei, welche uns
zu Versammlungen zur Verfügung stehen. Unter dreifachem
Hoch auf die internationale Arbeiterschaft und Wägen der
Paritätlichkeit wurde die Versammlung geschlossen. W. B.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht vom 28. April.

Des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der öffent-
lichen Beleidigung war der 23jährige stud. theol. Oskar Schulz,
geb. in Schweidnitz, angeklagt. In der Nacht vom 20. Januar
hatte derselbe, aus einer Beleidigung kommend, Skandal gemacht
und war darauf vom Polizeikommissar Fiebig zur Ruhe er-
mahnt worden. Der Angeklagte leistete aber nicht Folge,
worauf der Sergeant zur Arrestur beschließen wollte,
welder sich der Angeklagte jedoch widerte, bis schließlich
noch der Sergeant Spang zu Hilfe kam, worauf er dann
die beiden Sergeanten beschimpfend, nach der Wache gebracht
wurde. Angeklagter gab zu seiner Beleidigung an, er sei
sinnlos betrunken gewesen. Der Staatsanwalt beantragte eine
Gesamtsstrafe von 2 Monaten Gefängnis. Das Urteil lautete
auf 40 R. Geldstrafe event. 8 Tage Gefängnis, aus wurden
den Angeklagten die Kosten zur Last gelegt. — Wegen einer
unerheblichen Beleidigung war der 23jährige stud. theol. Otto
August Gausers, geboren in Treptow, angeklagt. Derselbe
hatte in der Nacht vom 12. Juni v. J. dem Sergeanten Meier
mit den Worten: „Guten Abend, Herr Stadtrat.“ beleidigt.
Der Angeklagte gab an, er habe den Sergeanten Meier ver-
annt. Der Staatsanwalt beantragte 30 R. Geldstrafe event.
6 Tage Gefängnis. Das Urteil lautete auf 5 R. Geldstrafe
event. 1 Tag Gefängnis. — Die Schlägerin, welche sich am
7. Dezember v. J. in Sanovs Restaurant, Steinweg, abspielte,
gelangte heute zur Aburteilung. Dabei beteiligt waren die
beiden 23jährigen Arbeiter Hermann B. und Hermann C.,
der 20jährige Arbeiter Gustav S., der 29jährige Arbeiter
Bruno G., der 24jährige Arbeiter August G. und der 19jährige
Maurer Karl B. und der 20jährige Steiniger Andreas B.

§ **Stolge** der Angeklagten kamen am genannten Tage schon ziem-
lich angetrunken vom „Golfjäger“ nach Sanovs Restaurant
und begannen dort wegen Beleidigung des getrunkenen Dieners
mit dem Kellerer Streit. Der Bruno G. bekam infolge der
Wergeltstrafe, welche dieser Streit veranlaßte, die Kränze und
es bildeten sich nun unter den Angeklagten zwei Parteien,
welche sich mit Hiesigen, Thüringern und bergl. Uffizien
gegenüber bildeten. Der Angeklagte S. hatte fünf ziemlich
bedeutende Handen am Kopfe erhalten, auch der Angeklagte
B. war demselben verlegt, daß er längere Zeit arbeitsunfähig
war. Der Staatsanwalt meinte, in dieser Prügelei sei
wohl schwer zu unterscheiden, wer von den Angeklagten wohl
der am meisten Schuldige sei. Er wüßte diejenigen am
härtesten zu bestrafen, welche den Skandal provoziert hatten
und schon vorbestraft waren. Der Antrag lautete gegen Her-
mann B. und Gustav S. 6 Monate, gegen Hermann D.
2 Monate und gegen die übrigen Angeklagten 1 Monat Gefängnis.
Verurteilt wurden Hermann B. zu 4 und Gustav
S. zu 2 Monaten, Hermann D. und Bruno G. je zu 2 und
August G. zu 4 Wochen Gefängnis, Karl B. und Andreas B.
wurden freigesprochen. — Der 31jährige Arbeiter August Franz
Krause wurde wegen Beleidigung des Polizeiregiments Witas
und Wiberland gegen die Staatsgewalt zu 1 Monat und einer
Wache Gefängnis verurteilt, der Staatsanwalt hatte 1 Jahr
Gefängnis beantragt. — Wegen Diebstahls war der 26jährige
Verkaufsrat Karl Gustav Biller aus Leipzig angeklagt. Derselbe
hatte am 24. Dezember v. J. bei seinem Logiswirt dem
Schneidemeister Friedrich Herr von hier einen neuen Rock
entwendet und sich mit demselben aus dem Staube gemacht.
Zum Pfand hatte der Angeklagte seinen alten Rock hinter-
lassen. Der Angeklagte war gefänglich und wurde unter Auf-
sicherung der Hofen zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. — Das
veraltete Einhandgebot hatte die beiden Dienstmägde, die
20jährige Anna und deren Schwester, die 17jährige Emma
Finte, beide aus Hergisdorf, auf die Anklage wegen Sach-
beschädigung gebracht. Beide Angeklagte dienten bei einem
Gutsbesitzer in Rangenbogen. Die Dienstmagd Emma Finte
aus Zeuthen, welche bei dem betreffenden Gutsbesitzer im
November v. J. in Dienst trat, hatte zur Feier ihres Einjahres
ihren Kollergang 1 Liter Schnaps zum Wirtin gegeben. Die
Wäbden hatten nun die Schnapsflasche ziemlich in Anspruch
genommen und waren infolgedessen betrunken geworden. In
diesem Zustande waren die Angeklagten über die Wäbche ihrer
Weberin gegangen und hatten derselben ein Hemd im Werte
von 3 R. zerstückelt. Der Aufforderung der Beschädigten,
das Hemd zu bezahlen, waren die Angeklagten wohl nach-
gekommen. Nun war aber einige Tage darauf der Dienst-
magd Finte wieder ein Hemd und eine Schürze zerstückelt,
aus welchen Gründen es nun diesem 1. gesehen, was unerklär-
lich war, die Angeklagte räumte die erste That nicht ein, aber
das zweite Mal wollte es niemandem gemein sein. Durch eine
Zeugnis wurde jedoch die Emma Finte der Schuld überführt.
Der Staatsanwalt beantragte gegen Emma Finte 1 Woche Gefängnis
und gegen Anna Finte Freiprechung. Der Gerichts-
hof verurteilte die Emma Finte zu 6 R. Geldstrafe event.
2 Tagen Haft und bei der Anna Finte wurde auf Freiprechung
erkannt. — Der 18jährige Arbeiter Paul Mittel wurde wegen
Betrugs in 4 Fällen zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 28. April.

§ **Angeboten**: Der Handarbeiter Ludwig Wrodt und Anna
Scherndt (Schloßberg 5). Der Gärtner Ludwig Knappe und
Luise Kuhns (Sittichgasse und Sommergasse 2b). Der Seiler
Heinrich Sadje und Minna Köllinger (Süßstraße 1). Der
Maurer Hermann Schod und Emilie Wiegner (Ludwigstraße 18).
Der Scherenfleischer Hermann Fiedler und Klara Reichart
(Leipzig). Der Fabrikarbeiter Karl Gotthardt und Henriette
Reinhardt (Werbiger und Riemberg). Der Maurer Richard
Weige und Emilie Wittig (Kroßwitz und Halle).

§ **Heiratungen**: Der Diakonikus Gustav Wedding und
Margarethe Förmann (Zellen und Königstraße 41).

§ **Geboren**: Dem Schuhmachermeister Wilhelm Barth eine T.,
Jda Helena (Wuhlerstraße 19b). Dem Delemon Johannes
Betzner eine T., Elfe Anna Luise (Weißstraße 5/6). Dem
Bauarbeiter Karl Gehardt eine T., Marie Martha (Saul-
berg 7). Dem Studententhermann Weghe eine T., Franziska
Anna Frieda (Harg 14). Dem Bahnarbeiter Louis Schläpfer
eine T., Elfe Franziska Frieda (Wettinerplatz 2). Dem
Schloffer Karl Hey ein S., Karl Kurt Oskar (Herrnstraße 14).
Dem Mobilfahler Adolf Wehn ein S., Heinrich Anton Watz
(Schmidstraße 15). Dem Weidmeyer Gustav Marx eine T.,
Anna Martha (Streiberstraße 12). Dem Schlosser Otto Berger
ein S., Emil Otto Max (Wormlitzstraße 9a). Dem Stepper
Karl Bohmann ein S., Paul Otto (Große Steinstraße 21).
Dem Schneider Gustav Theuerling ein S., Gustav Karl Willy
(Troditz 2). Dem Handarbeiter Karl Schöffel ein S.,
Marie Karoline Hedwig (Schloßgasse 8). Dem Kaufmann
Paul Einde ein S., Gottfried August Paul (Streiberstraße 8).
Dem Eisenarbeiter Hermann Wai eine T., Marie Luise (Sand-
wehstraße 7). Dem Kontorist Luis Püger ein S., Louis Ed-
mund Walter (Leipzigerstraße 23). Dem Photographen Karl
Sadje eine T., Edith Gertraud Margarethe (Große Ulrich-
straße 23). Dem Hofkutschmann Edward Reunert eine T.,
Anna Minna Martha (Kleine Ulrichstraße 4). Drei unebel.
E. Eine unebel. T.

§ **Verstorben**: Des Maurer Robert Meyer Ehefrau Lina geb.
Lautenschlager, 29 J. (Feldstraße 7). Des Tischler Franz
Glarus T., Minne Emma, 4 J. (Weingarten 23). Des Dienst-
mann Adolf Böber ein S. Rudolf, 4 J. (Kaufgasse 1).

Troth, 21. bis 25. April.

§ **Angeboten**: Der Knappschicht-Arbeiter Hugo Berger und
Anna Hoewel (Guben und Rübendorf).

§ **Geboren**: Dem Zimmermann Reinhold Schlieke ein S.,
Otto Hugo.

§ **Verstorben**: Der Gemeinde-Vorsteher August Langrod, 68 J.
Der Arbeiter Johann Gottfried Müller, 90 J.

Kleiderstoffe, Konfektion, Leinewaren, 23. Grosse Ulrichstr.
Benjamin 23.
Fertige Wäsche für Damen, Herren und Kinder.
Erstlings-Ausstattungen.

Maisfeier der Arbeiter aller Berufe

von Halle a. S. und Umgegend

am Sonntag den 3. Mai.

Tages-Programm.

Ausflug nach der Seide mit Musikbegleitung. Sammelplatz im „Hofjäger“ (Büdenstraße) früh 7 Uhr. Abmarsch punkt 7 1/2 Uhr. Niederlassung auf der Bischofsweide; baselb Concert bis nachmittags 4 Uhr. — Für Speisen und Getränke ist gesorgt.

Alles Nähere siehe Programm.

Bei regnerischer Witterung fällt der Ausflug weg und findet in den Lokalen „Hofjäger“, „Freyberg's Garten“, Canow (Steinweg) und Max (Friedrichstraße) von vormittags 11 1/2 Uhr ab Concert statt.

Abend-Programm.

Von 8—12 Uhr Kommerz in den Lokalen „Hofjäger“, „Freyberg's Garten“, Canow (Steinweg) und Max (Friedrichstraße), bestehend in Concert und Vorträgen. Tages-Programm à 10 Pfg. Abend-Programm à 10 Pfg.

sind in den bekannten Lokalen zu haben.

Jeder Teilnehmer muss sein Programm bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen.

Das Fest-Komitee.

1066]

Auf obige Annonce Bezug nehmend, teile ich hiermit allen Arbeitern und Genossen mit, daß nach nochmaliger Sitzung des Festkomitees mit den drei hienugezogenen Genossen die Arrangierung des Festes so geregelt, daß jedermann voll und ganz Gerechtigkeit geschoben ist. Den Arbeitern aber allen möchte ich noch empfehlen in ihrem Interesse sich zahlreich an der Maisfeier zu beteiligen, sowie den Anordnungen der Ordner zu fügen und sich ebenfalls von keiner Seite provozieren zu lassen. Ein Gedanke muß am dem Tage jeden durchdringen und das ist der: Die großartige Rundgebung der Maisfeier soll den Segnern beweisen, daß es endlich an der Zeit ist, den Forderungen der Arbeiter mehr und mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

1122]

Der Vertrauensmann: Wilm. Grothe,

Die zur Ergänzung des Festkomitees beauftragten Personen sind hierdurch zu Donnerstag abends 8 1/2 Uhr nach Max's Restaurant in der Friedrichstraße eingeladen, um sich über ihre Thätigkeit bei der Maisfeier zu orientieren. Das Fest-Komitee.

1067]

Giebichenstein.

Große öffentl. Frauenversammlung

Freitag den 1. Mai abends 8 1/2 Uhr

in Schades Schützenhaus.

Tagesordnung: Natur- und Menschenrechte.

Referentin: Fräulein Wabnitz aus Berlin

Um zahlreiche Beteiligung bittet Die Einberuferin.

Große öffentliche Formerverammlung

Heute Donnerstag den 30. April abends 8 Uhr

im Schloß Dabelsberg, Friedrichstraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Maisfeier. 2. Metallarbeiter-Kongress. 3. Verschiedenes. 1128]

Zentral-Kranken- und Sterbe- (Zuschuß-) Kasse aller Arbeiter Deutschlands. Zahlstelle Giebichenstein.

Donnerstag den 30. April abends 8 Uhr in Schades Schützenhaus, Giebichenstein.

Versammlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Der Bevollmächtigte: C. Zahn.

Im Verlage von Richard Schabel, Dresden, ist

soeben erschienen

und durch die Volksbuchhandlung (Expedition des Volksblattes, gr. Ulrichstraße, Eingang Hölbergasse) zu beziehen:

Der 1. Mai im Spiegel der Dichtung.

Ein Gedenkblatt

an den ersten internationalen Arbeiterfeiertag am 1. Mai 1890.

Herausgegeben und mit Vorwort versehen von

Ernst Klaut.

Die Broschüre bildet eine Sammlung der besten Arbeiterlieder, welche von den Sängern des Proletariats zur ersten Feier des 1. Mai im vorigen Jahre erklangen.

Preis 25 Pfg.

Stroh Hüte

werden sauber gewaschen, gefärbt, und nach den neuesten Formen modernisiert. [245]

A. Lehmann,

Hutfabrik,

Ballgasse 7.

Jeden Abend Kartoffeln und marinieren Gering. Portion 20 Pfg., Lagerbier, Seidel 10 Pfg. empfiehlt [518]

Malze, großer Sandberg 14,

neben der alten Kaserne.

Herren-Hüte

525] mit Kontrollmarke sowie schlagenscheitels Mützen empfiehlt zu billigen Preisen und bietet um gütige Beachtung Karl Bittner, Fleischergasse 44, p.

Pflaumenmus,

hochfein im Geschmack, per Fbd. 26 S empfiehlt W. Dudenbostel.

Hausgeschlachte Wurst

und Schmalz, prima Kartoffeln, ff. Häfenfräse empfiehlt [1113] F. Robertz, Streiberstr. 12/13.

Merseburg.

Kaffees in allen Preislagen, Margarine, feinste Macien, ff. Schmalz 48, 50, 55, 60, 70 Pf. per Fbd., gutes Landbrot sowie sämtliche Materialwaren empfiehlt Adolph Stephan, Unteraltendamm 1.



deutscher Donnerstag Schlachtefest. Ernst Bieler, Seefenerstr. 2.

Schuhwaren

empfehlen in nur selbstgefertigter Ware zu dem bevorstehenden Pfingstfest Chr. Ratsch, Schmeerstraße 24, Schuhmachermeister. [1120] Necke Bedienung, anerkannt bill. Preise.

Bur Maisfeier!

Freitag oder Samstag trifft eine Sendung passende Schlipse ein, welche ich Freunde- und Genossen empfehle.

H. Baumann, Gelststrasse 72. [1123]

Gefinnungsgegnen

folgende Schriften und Bilder zur Anschaffung: Internationale Bibliothek (1. Serie):

- 1. Darwinische Theorie, geb. 2.—
- 2. Marx' ökonomische Lehren, geb. 3.50
- 3. Weltanschauung und Untergang, geb. 2.—
- 4. Sächliche Arbeiterfrage, geb. 2.50
- 5. Thomas More, geb. 2.50
- 6. Charles Fourier, geb. 2.—
- 7. Das moderne Elend, geb. 1.50
- 8. Philosophie Epinosa's, geb. 2.70

Internationale Bibliothek (2. Serie). Himmermann, Bauernkrieg, Heft 2.— Bommel, Geschichte der Erde, Heft 5.90

Blos, französische Revolution, Heft 2.— in Brachtband 35.50

Langlois, Dr. Bernh. Der Mensch und seine Rassen. 22 Vorträge a 2.— Neue Zeit, Heft 2.— Jugendklub, in Brachtband 2.—

Belamy, Im Jahre 2000 50—
Reman, Sibirien I und II, a 75—
Dr. Luz, Sibirien 30—
Tommet, Feind von Nazareth 30—
Bibliothek politischer Reden 20—

Bilder: Aaffale (Büchdruck) 70—
Gedenkblatt der Arbeiterbewegung 1890 (in Farbenbrud) 90—

Folkische Zeitschriften: Gazotta Robotnoza, (erscheint monatlich) 30—
Die Arbeiterin, (erscheint monatlich) vierteljährlich 1.—

Die Volksbuchhandlung, Gr. Ulrichstr. 17, Eingang Hölbergasse.

Fest-Zeitung Arbeiter-Maisfeier

(Verlag: „Gornäris“, Berlin.) Preis 10 Pfennig zu haben in der Volksbuchhandlung. Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren aller Art. A. Vogel, Schuhmacher, Steinweg 1. [1180]

Starke Arbeitsstiefeln, Herrenstiefeletten, Herrenhalbschuhe, Damenhalbschuhe, Damengummistiefeln, Kinderstiefeln u. Schuhe in allen Sorten empfiehlt zu den billigsten Preisen L. Brüggemann, früher Ed. Loehge, Nr. 21, Schmeerstraße Nr. 21. [1121]

Bedürftigen großen Angel-Schellfisch 20 Pf. Ostfeedorf 15 Pf. Zander 60 Pf. Flußhechte 65 Pf. de e eintreffen, empfiehlt [1124] H. A. Treyde, Leipzigerstraße 52.

Weisskohl, gedörrt, billiger und schmackhafter als grüner, 1/2 Pfd. kostet 18 Pf., genügt f. ca. 6 gr. Pers. zum Gemüts, also Hümmel- oder Barfocschsch, sowie wie bekannt alle feinsten und preiswertesten Gemüts. [1094] Cdt Magdeburger Saurothel à Pfd. 8 Pf. Thüringer Saurothel à Pfd. 4 Pf. Jeden Bodenmarkt. Frau Stolte, geradeüber d. Hirschapotheke, rosigestrichler Schirm.

Kohlenanzünder, das Paket 15 S empfiehlt W. Dudenbostel. [1119] Eine mittlere Wohnung zu vermieten [1119] Schloßberg 1. Frdl. Schlafstelle gr. Wölkstr. 1d, III. Pflög. 1.

Rebalken von Ewald Ringsdorf; Verlag von Aug. Groh; Druck der Halle'schen Genossenschafts-Druckerei (G. G. m. b. H.), (auslag) in Halle a. S. Stern 1 Beilage.

Reichstag.

108. Sitzung vom 27. April. 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Zuckersteuer-Gesetzes. Nach der Regierungsvorlage soll am 1. August 1892 die Rübensteuer in Bezug fallen, jedoch soll für drei Jahre noch eine offene Prämie von 1 M. gewährt werden. Die Kommission hat bis her 12 M. für die Prämie bis zum 1. August 1895 20 1/2 M. von da ab 22 M. betragen. Die Kommission ist zu einem positiven Beschlusse nicht gelangt.

Abg. Witte und Gen. (fränk.) beantragen, die Rübensteuer bereits am 1. August 1891 anzuführen (und damit auch die Aufschubvergütungen und Prämien in Höhe von 1 M. und die Rübensteuer auf 16 M. zu bemessen).

Die Abg. Graf Stolberg und Sulzki (son.) beantragen, offene Prämien auf 8 Jahre zu gewähren und zwar in Höhe von 1 1/2 M. für die ersten vier und 1 M. für die letzten vier Jahre. Ferner: die Rübensteuer auf 18 M. zu bemessen.

Abg. Graf Hoesenbrock (Sentr.) beantragt noch, den Eingangssatz vom 1. August 1892 ab von 36 auf 40 M. zu erhöhen.

Staatssekretär v. Malshahn erklärt, als Vertreter der verbündeten Regierungen heute erstens zu sein, deren Vorlage zu vertreten. Rame nichts zu hande, so trage doch natürlich der Reichstag die Verantwortung. Die Regierungen seien überzeugt, das das bestehende Zuckersteuerungssystem geändert werden müsse. Bei Beibehaltung des jetzigen Systems, bei welchem die Materialsteuer eine entscheidende Tendenz zum Sinken habe, sei eher ein weiterer Verfall der Steuererträge für das Reich zu erwarten, als das Gegenteil. Die Frage dürfe nun nicht so gestellt werden, ob unsere Zuckerindustrie nach Aufhebung der Materialsteuer die Konkurrenz des Auslandes noch aushalten könne, sondern sie müsse vielmehr so gestellt werden: ob ein weiteres Anwachsen unserer Produktion unter Mit Hilfe von Staatszuschüssen noch zu wünschen sei, und diese Frage sei zu verneinen. Denn die Produktion habe sich seit 1871/72 vermindert und in dem bestehenden System liege eine Aufforderung zu einer noch weiteren Steigerung der Produktion weit hinaus über die Steigerung der Nachfrage nach Zucker auf dem Weltmarkt. In diesem Verhältnis zwischen Produktion und Nachfrage liege eine Warnung, dass bei dem bestehenden System zu bleiben. Seit 1877/78 allein bis 1890/91 habe der Staat an Prämien ausgegeben 213 1/2 Mill. M. (Hört! hört!) Welche man bis 1870/71 zurück, so betrage der Gesamtzuschuss, nach allerdings etwas unrichtiger Berechnungen, zwischen 385 und 413 Millionen. So könne es nicht weitergehen. Ein vollständiges Abschneiden des Zuschusses sei allerdings nicht unbedenklich, deshalb habe die Regierung einen Uebergang gewährt. Es hoffe, es möge in der gegenwärtigen Session eine Verständigung erfolgen, nicht nur im Interesse der Reichsliste, sondern hauptsächlich auch im Interesse der Zuckerindustrie. Er könne aber eine solche Verständigung nur bringen wünschen, andernfalls bestehe die Gefahr, das Reich könne genötigt sein, der Zuckerindustrie die Zuschüsse zu einem Zeitpunkt zu entziehen, wo die Industrie davon nicht empfindlicher sei, als jetzt, wobei die Interessen bedroht werden.

Abg. Frick Hagfeldt (son.) hält eine abermalige Veränderung des Steuerwesens überhaupt nicht für erforderlich, denn der Zweck der letzten Zuckersteuer-Reform war die Erleichterung, sei es durch die Erleichterung der Zuckersteuer, indem das Jahr 1889/90 nicht weniger als 62 Millionen Mark an Zuckereinnahmen ergeben habe. Gerade der jetzige Augenblick sei überdies der allerungünstigste für solcher neuen Veränderung, denn in Frankreich habe sich die Zuckerindustrie zu neuer Blüte entwickelt auf Grund eines dem unsrigen nachgebildeten Steuerwesens. Außerdem sei noch nicht zu übersehen, inwieweit es uns durch die neuen Handelsverträge nicht nur die Zuckerindustrie, sondern die ganze Landwirtschaft in Mitleidenschaft werde gezogen werden. Umlinowert bedauere er, daß nicht auch der Herr Bundesratsminister den Verhandlungen in der Kommission beigewohnt habe. Frick sei es anheimgegeben, daß nur der Sachgrund der Interessen der Zuckerindustrie der Prämien habe. Nicht minder habe dieses Interesse der Zuckerindustrie. Was es für Folgen haben würde, wenn der Rübenbau ohnehin, sei daraus zu entnehmen, daß in den nicht rübenbauenden Distrikten die Bevölkerung durch Abwanderung am größten sei. Fragen möchte er ferner, ob es bekannt sei, daß Frankreich sich neuerdings in großem Umfange neue Maschinen in Deutschland bestellt, neue Maschinen für die Zuckerindustrie. Auch auf die große Bedeutung unserer Zuckerzuckerwerke sei hinzuweisen. Wenn man sage, daß auf jede unserer Zuckerfabriken etwa 30 000 M. Prämien komme, so übersehe man dabei, daß diese Prämien nicht den Fabrikanten allein verbleibe, sondern bis in die kleinsten Kreise weiter gehe. Auch er sei ein weiterer, als Kompromißmittel gegen andere Prämien an ihre Industrie gewandene Staaten.

Staatssekretär v. Malshahn stellt nur einige vom Vorredner angeführte Befürchtungen richtig, dabei bemerkend, der höchste Jahreszuschuss, in 1886/87, habe etwa 31 1/2 Mill. M. betragen, wogegen nur 16 Mill. M. der Zuckerindustrie dadurch zugeflossen seien, daß durch die Prämie ja auch der Zollzuschuss erhöht worden sei.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) bemerkt, er sei als Vertreter der Zuckerindustrie, habe aber trotzdem keinen Vorbehalt gegen die Regierung. Die Regierung könne sich für Ermäßigung der Prämien gewinnen. Jedoch könne er nur wünschen, daß die Regierung sich der Zuckerindustrie bei dieser Vorlage für die Industrie und die Landwirtschaft beizuhelfen wolle. Ueberdies sei die Vorlage ihm jedenfalls nicht unwillkommen, nachdem erst 1887 die Steuer reformiert worden sei und nachdem Staatssekretär v. Malshahn noch vor gut Jahresfrist namens der verbündeten Regierungen es als eine Verständigung bezeichnet habe, wollte man ohne Einverständnis mit den anderen Ländern einseitig die Prämien aufheben! Besonders gefährlich und zu bedauern sei die Konkurrenz der Zuckerfabrikation schon auf dem Gebiet der Zollkommunikation. Er sehe und nicht noch weiterer Verfall der Produktion, mehr Fähigkeit, Ersparnisse machen könne daher unsere Zuckerindustrie durch zwei Wegen: entweder indem man die Betriebskosten durch Verbilligung von Rohstoffen vermindere durch Berücksichtigung der 400 Fabrikanten zu vielleicht nur 100, oder — indem man die Rüben schlechter bezahle. Und was das heißt, wolle man dazu bemessen, daß die Zuckerindustrie, der Rübenbau zur Zeit gerade so gut wie der einzige lucrative landwirtschaftliche Betrieb sei. Er wisse überhaupt nicht, weshalb jetzt auf einmal diese Reue? So übermäßig groß sei die Produktion jedenfalls noch nicht, daß man hier gewaltsam eingreifen müsste,

um ihrer weiteren Ausdehnung vorzubeugen. Freig sei im übrigen, daß die Prämie unseren inländischen Konsumumenten den Zucker billiger und den Engländern verbillige. Die Prämie drücke doch auf den Weltmarktpreis, daraus folgt, daß, wenn die Prämie nicht wäre, der Weltmarktpreis entsprechend steigen würde, so daß es unsere Zuckerindustrie nicht sein könnte, ob die Prämie gewährt werde oder nicht. Gatten wir nicht durch Prämie unsere Zuckerindustrie so groß gezogen, dann würde der (kolonial) Zucker so teuer sein, daß unsere armen Leute ihn garnicht bezahlen könnten. Seine Freunde würden einstimmen für den § 1 stimmen (welcher lediglich von der Regierung des Zuckers überhaupt spricht), aber nur unter dem Vorbehalt, daß bis zur dritten Lesung ein Uebergang gefunden werde zu diesem so rationalen System. Andernfalls würden seine Freunde in der dritten Lesung gegen § 1 und das ganze Gesetz stimmen.

Somit ist ein Antrag nicht beschließt, welcher, entsprechend seinem Schlußsatz, will, daß „bis auf weiteres“ die Prämie 1.25 M. beträgt.

Abg. Witte (fränk.) beantragt zunächst, daß der Staatssekretär v. Malshahn auch heute noch nicht eine bestimmte, offene Erklärung zu der Frage der Aufschubprämien abgegeben habe. Die Prämien-Umlagen habe andauernd immer nachteiliger auf die Industrie gewirkt, und auch deshalb bedauere er, daß die Regierung sich so wenig energisch verhalte. Reinesfalls sei die Stimmung des finanziellen Gesichtspunktes seitens des Reichstages nicht günstig gewesen. Die Prämien hätten doch hauptsächlich die großen Nachteile, welche die Prämien der Industrie auf die Dauer breiteten, die Regierungen zur Einbringung der Vorlage veranlassen müssen. Niemand könne leugnen, daß die Zusammenhänge von Landwirtschaft und Zuckerindustrie übereinstimmend seien, als er, — aber eine Schädigung der Landwirtschaft könne er nicht anerkennen. Alles, was man in dieser Beziehung behauptet, sei Uebertreibung. Auch schon das Gesetz von 1888 habe ja die Prämien um die Hälfte ermäßigt, und welcher Nachteil sei denn daraus der Landwirtschaft erwachsen? Herr v. Bennigsen habe wieder Frankreich ins Feld geführt, die Prämie bestimme sei aber eine Durchschn. irrt, daß Frankreichs Zuckerindustrie sei beinahe in ihrer Produktion nahe gekommen sei. Er erinnere Herrn v. Bennigsen nur an seine (Wittes) Vorrede, deren Angaben, soweit sie Frankreich betreffen, bisher noch von keiner Seite widerlegt worden seien. Wiederholte seien ihm die Ausführungen von Bennigsen über den Einfluß der Prämien auf den Zuckerpreis vorgekommen. Er leugne garnicht, daß der Weltmarktpreis durch die Prämien herabgedrückt worden sei. Die Herren Zuckerindustriellen freilich hätten das gern verbündet, sie hätten außer den Prämien sehr gern auch hohe Weltmarktpreise gesehen. Deutschland habe ebenfalls mit seinen Prämien auf dem Weltmarkt verfahren, und zwar mit dem Augenblick, wo die Prämien abgehört werden, würden Industrie und Landwirtschaft in gefährliche Verhältnisse eintreten, deshalb stimme er unbedingt nachdrücklich für den vorliegenden § 1.

Abg. Graf Stolberg (son.) empfiehlt kurz seinen Antrag.

Reichskanzler v. Caprivi: Es seien in dieser Frage Ansicht gegen Ansicht, Erfahrungen gegen Erfahrungen sich gegenüber. Ich werde nur kurz den Standpunkt der verbündeten Regierungen darlegen. Für das Entgegenkommen, das Abg. Frick Hagfeldt anzeigt, kann die Regierung nur dankbar sein, selbst wenn das Entgegenkommen auf dem Weltmarkt nicht so sehr von ihrem Standpunkt aus für wünschenswert oder erforderlich hält. Ich möchte andererseits aber wiederholt vor allen Vernehmungen, wie sie Frick Hagfeldt auspricht, soweit sie eine thatsächliche Umwälzung nicht haben, warnen. Für die mehrfach ausgesprochene Behauptung, die Regierungen schienen die Interessen der Landwirtschaft nicht sorgfältig genug zu pflegen, möchte ich doch um den Beweis bitten. Die Regierungen sind von der Wichtigkeit der Landwirtschaft so überzeugt, wie vielleicht niemand im Hause. Keine ihrer Handlungen kann zu einem förmlichen Vorwurfe Veranlassung geben. Wenn der finanzielle Gesichtspunkt der Zuckerindustrie hier zur Sprache kommen wird, werden wir nachweisen können, eine Schädigung der Landwirtschaft von Seiten der Regierung nicht beabsichtigt worden ist, daß sie auch vorwiegend durch das, was sie thut, nicht eintritt. (Hört! hört! links.) Ich könnte Beispiele dafür anführen, welche von einer zu großen Steigerung der Zuckerindustrie-Gewinne erwarten, aber ich will mich auf die Versicherung beschränken, daß die Regierungen sich das Interesse der Landwirtschaft sehr warm angelegen sein lassen. Natürlich sind hier auch die Stimmen der Landwirtschaftsminister zu Wort gekommen (auf welche ich habe wieder für Aufmerksam sein für einen Herrn Staat Grund zu der Meinung, daß der Landwirtschaftsminister nicht rechtzeitig gehört worden wäre. Die Frage der Auswanderung der Regierung geht sehr nahe am Herzen, und Sie können überzeugt sein, daß alles, was geschehen kann, auch geschehen wird, um die Auswanderung in solche Bahnen zu lenken, daß unser Volk lebendiger bleibt. Die Vorlage soll sich überaus bedeutend erhalten sein, und die Regierungen sollen sich ihrer Bedeutung nicht voll und ganz bewußt gewesen sein. Ich habe auch den Beweis hierfür vermocht. Sie ist bereits unter meinem Amtsvorgänger beschlossen worden (hört! hört!), jedoch von dem verbündeten Regierungen ist nun der, daß der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist nun der, daß die von der Notwendigkeit eine Veränderung des bestehenden Zustandes überzeugt sind und an dieser Ueberzeugung festhalten. Die Regierung hält die von ihr eingebrachte Vorlage noch heute für das Beste. Wenn sich aber für dieselbe keine Majorität finden würde, so wird sie geneigt sein, nach wie vor in Verhandlungen einzutreten. Ich glaube, daß es den verbündeten Regierungen sehr schwer sein würde, in eine Verlängerung der Prämie in aeternum abzugeben (auf welche ich wiederholt aufmerksam sein möchte), und ich würde mich nicht erlauben, damit mit einer beschränkten Zeit anzufangen, so ist es nicht unmöglich, daß andere Staaten unseren Vorgehen folgen werden. Ich halte es also nicht für wahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen sich auf eine feste Prämie in aeternum verstehen werden, und auch nicht, daß sie wesentlich unter dem Ertrag der Konsumsteuer heruntersinken, welche die Regierungsvorlage bietet. Wenn auch die finanzielle Lage nicht eine günstige ist, so werden wir doch einmal vor der Möglichkeit stehen, Mehreinnahmen haben zu können. Die Möglichkeit dieser Mehreinnahmen ist nicht unbedeutend, aber in dieser Zeitpunkt in diesen Tagen oder im nächsten oder im nächsten Jahr zu realisieren, das er aber kommen auch Jahren eintritt. Wir brauchen Geld für die Erziehung der un- und unangelegener, für die Erziehung der un- und unangelegener, und auch die natürliche Entwicklung der Dinge bringt eine Steigerung der Ausgaben mit sich in

den großen Etats des Heeres und der Marine. Wir haben schon jetzt eine Militärpensionsgesetz-Vorlage eingebracht, die wir Ihnen in dieser Session wegen der Beschäftigung des Hauses noch nicht eingeleitet haben, das macht auch eine Verbrauchs von einer Million. Aber auch abgesehen von allen diesen Dingen muß es eine langsame Steigerung der Einnahmen bedürfen. Ich glaube nicht, die Lage kann gewesen, daß in der Finanzwirtschaft des Reiches ein zu großer Teil der Ausgaben an Unkosten genommen werde, und daß der Amortisation der Reichsschuld bisher nicht eine hinreichende Sorge zu teil wurde. Sobald haben die verbündeten Regierungen noch das Motiv in Betracht gezogen, daß es wünschenswert ist, die wirtschaftlich Schwächeren zu entlasten.

Somit wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Standpunkte aus glaube ich also nicht, daß die verbündeten Regierungen in der Vorlage zurücktreten werden. Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wenn in diesem Jahre, was ich überaus begehren würde, nichts zu hande käme, die verbündeten Regierungen genötigt sein würden, in der nächsten Session noch einmal mit dieser oder einer ähnlichen Vorlage vor das Haus zu treten. Ich würde Sie also bitten, wenn Sie jetzt nicht zu einem Entschlusse kommen können, wenigstens nicht zu thun, was der erblichen Ueberlieferung dieser Vorlage in dieser Session präjudizieren würde.

Abg. Ulrici (son.) hält die Vorlage für noch lange nicht weit genug. Man spreche immer von Zuckerbauern, weshalb nicht von Zuckerbauern? Das würde richtig sein. Das ganze bisherige Steuerwesen, welches von Bismarck herrührt, entspreche dessen System, und sei nur ein Ausfluß desselben, Millionen zu züchten.

Staatssekretär v. Malshahn erwidert, wenn die Regierungen nicht von der günstigen Wirkung der Materialsteuer überzeugt gewesen wären, und ebenso davon, daß dieselbe nicht nur den Nationen, sondern auch den Bauern zu gute gekommen sei, so hätten sie dieselbe längst aufgehoben.

Abg. Graf Hoesenbrock (Sentr.) führt kurz aus, seine Partei werde für den § 1 stimmen und im Laufe der weiteren Verhandlungen verursauchen eine Ueberlegung zu schaffen und zu vermitteln zwischen den Interessen der Reichslistigen und dem Interesse der Zuckerindustrie.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) bemerkt dem Reichskanzler, es seien in der That Bemerkungen darüber entstanden, ob die von Fürsten Bismarck gelassene Schutzpolitik weiter fortgeführt werden. Er werde gegen den Antrag Hagfeldt stimmen. Er sei jetzt für eine Verneuerung der Zuckersteuer ein, so habe zu sorgen, daß keiner Zeit auch die Zuckerinteressen für Verneuerung der Prämienverneuerung sein würden. Weder beläufige noch die Aufschubprämie und die Prämie.

Abg. Dr. Bartsch (fränk.) Herr v. Kardorff und seine wirtschaftspolitischen Freunde stimmen hier das Lob an: quista non movere. Dabei ist in dem letzten Jahrzehnt kein Jahr vergangen, ohne daß die Herren Protectionisten bemitleidet gewesen sind, die größte Unfähigkeit in den weitesten wirtschaftlichen Kreisen des Landes hervorzuheben. Giebt es eine schimmere Politik der Verneuerung, als wenn man nachgeben die Betriebsstoffe auf 1, auf 3, auf 5 M. erhöht und wenn man das tägliche Brot teurer und immer teurer macht? Nur wenn sich darum handelt, einen kleinen Gewinn zu erzielen, da wollen Sie nicht die bestehenden Verhältnisse nicht angeleitet haben. Wir haben uns durch die Vorlage nicht beunruhigt, sondern höchstens dadurch, daß die Regierung nicht viel energischer ist. Es muß noch viel aus der Wirtschaftspolitik der letzten 10 Jahre abgetragen werden, bevor wir in wirklich gesunde Verhältnisse kommen. Die Zuckersteuervorlage ist um so mehr zeitgemäß, als die Erfahrungen gezeigt haben, daß nur eine radikale Reform Ruhe für die Zuckerindustrie bringen kann, und wird diese Reform richtig angefallen, so lassen sich die Interessen des Zuckers, der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft und der Steuerzahler sehr wohl vereinigen. Herr v. Kardorff hat mit dankenswerter Offenheit erklärt, er würde sich deshalb besonders beunruhigt, weil, wenn jetzt der Zuckerindustrie der Schutz entzogen würde, man riskieren müsse, daß später auch die Branntweinindustrie, die Getreidebauern u. s. w. von den Zuckerindustriellen im Stich gelassen würden. Das ist doch die nachste Interessenpolitik, die überhaupt gedacht werden kann. (Sehr wahr! links.) Herr v. Kardorff scheint sich garnicht klar darüber zu sein, welche gefährliche Behauptung es ist gemacht hat. Unter Standpunkt vor von jeder, daß wir überhaupt aus allgemeinen Mitteln keine einzelnen Zucker unterhalten können, sondern allen Zucker unterhalten werden, auch ihren vollen Betrag in die Tasche des Fiskus lassen sollen. Wir haben es stets abgesehen, eine besondere Klasse der Bevölkerung durch die Weghebung zu beunruhigen. Wir haben auch niemals, wie man uns vorwirft, einseitig die Interessen des mobilen Kapitals vertreten. Seit 25 Jahren hat sich zu ungunsten des Grundbesitzes allerdings eine Vermögensverschiebung vollzogen. Was wir der Weghebung zum Wortwort machen ist, nur, daß sie dieser natürlichen Entwicklung in den Arm fallen ist. Die Länder, die das protectionistische System nicht mitgegeben haben, sondern sich wachsend nicht scheitern. Der Grund ist einfach: es ist ganz einfach. Denn die Abnahme seiner Bevölkerung fällt in die Zeit des herrschenden Schutzgolls.

Die Exportprämien haben ebenfalls den Weltmarktpreis dahin beeinflusst, daß die Engländer auf unsere Kosten billigeren Zucker erhalten haben, und es ist doch ein nameleser Unfug, Welt aus den Taschen unserer Steuerzahler zu nehmen, um es den Engländern zu schenken. Die Zuckerindustrie wird sich nach Aufhebung der Prämien auf dem Weltmarkt eben so fühlen, wie vorher, und darum sind die Prämien das unsichere und überflüssige, was es überhaupt giebt. Wir haben den Weltmarktpreis demoralisiert durch die Einführung der Niedrighaltung. Eschwinen wir wieder die Prämien ab, so wird er wieder steigen. Das wird eintreten müssen, weil wie die erste Klammer auf dem Weltmarktpreis. Der Anteil Deutschlands am Gesamtzuckerconsum Englands betrug 1890 45 Proz. Er ist in viel höherem Maße gemindert, als der Anteil Frankreichs. Die deutschen großen Prozentege ist es doch ausgeschlossen, daß wir ohne weiteres vom englischen Markt verdrängt werden können. Die Weltbilanz ist davon abhängig, wie der für die Verbraucher, nämlich Deutschland, seinen Preis stellt. Erhalten wir einen billigen Preis, dann wird der Preis auch generell sinken. Darum sind die Prämien nur kindliche Vergeltung von allgemeinen Mitteln, ohne daß der nachteiligsten Zuckerindustrie ein Wortteil daraus erwächst. Die nachstehenden Interessen der Zuckerindustrie selbst erscheinen die Abschaffung der Prämien. Je rascher, desto besser, damit sich die anderen Staaten schnell

se; daselbst
straße von
vermögen.
ce.
mit
Arbeitern
zu fügen
deutung
schwierigkeit
he.
g
feier
erin.)
ig
andlung.
quelle
en
nager,
efeln,
[1121
efeln,
Schuhe
en
Preisen
ann,
ge.
r. Nr. 21.
Angel.
20 Pf.
15 Pf.
10 Pf.
65 Pf
[1124
yde,
sa.
er, billiger
Schalter als gewöhn
er. kostet 18 Pf.
f. ca. 8 gr. Her
der Barfocobell,
servierten und
[1064
zahl 1 Pf. 8 Pf.
a Pf. 4 Pf.
nart.
r. d. Dischaphete,
weitzer Schirm.
hunder,
unmöglich
entbehrlich.
19, 20 u. 21.
Schloßberg 1.
14, III. Biegl.
egen 1. Weilage.

darum einrichten können, damit der Preis schnell sich darnach regelt.

Man darf aber eine Reform wie diese nicht verquiden mit schätlichen Maßregeln. Man muß nicht einen höheren Ertrag sofort herausbringen wollen, sondern ihn für später lassen, wenn die Dinge sich gelegt haben. Man muß den Steuerbetrag eher erniedrigen, als höher nehmen, um einen größeren Konsum im Lande herbeizuführen, als Requitent für die Zuderindustrie für den Fall, daß auf dem Weltmarkt die Dinge sich nicht gleich so glatt abspielen sollten. Das allgemeine Interesse, die Interessen der Zuderindustrie, des Saates und der Steuerzahler erfordern also sofortige Abschaffung der Prämien und möglichst geringe Erhöhung der Konsumsteuer, wie wir es beantragen. Diesen Gesichtspunkt der Allgemein-Interessen werde wir auch für die ganze Dauer der Verhandlungen aufrecht erhalten. (Beifall links).

Nach kurzer Entgegnung des Staatssekretärs v. Ralpaug und noch einigen weiteren Ausführungen der Hgg. v. Staub und (sonst), Seine (Iog) wird der § 1 der Vorlage gegen die Sozialdemokraten und einen Teil der Konservativen und der Reichspartei angenommen, ebenso betheilt die §§ 3, 4, 5, 6, 7 und 8 Affirmation auf Vorschlag v. Bennigsen die §§ 8-63.

Mittwoch 11 Uhr Fortsetzung (die Paragraphen betr. Höhe der Konsumsteuer und Prämien).

Arbeiterbewegung.

Halle, 27. April. Mit der Tagesordnung: 1. Die materialistische Geschichtsauffassung, 2. Stellungnahme zum Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt, 3. Verschiedenes" fand am Sonnabend in Sanow's Restaurant eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Schlosser, Dreher und Berufsangehörigen statt. Nach erfolgter Würdigung des Besuchs am 1. Punkt der Tagesordnung der Referent Herr Baus aus Berlin das Wort. Dieser führte in einem zweiwöchigen Vortrag etwa folgendes aus: Die Sozialdemokratie habe eine Anzahl Grundgedanken, die einerseits so überzeugend und andererseits so befruchtend auf die Gegner wirkten, daß es eine mehr fruchtbar sei, als die bisherige. Der Referent legte sich in längerer Auseinandersetzung aus, daß die Sozialdemokratie das Beste für den Arbeiterstand erbringe und die einzige Partei sei, welche es ernstlich mit dem Volke meine. Die Verhältnisse der Metallarbeiter seien in erster Linie dazu angethan, eine Besserung bringend und mit allen Mitteln zu fordern. Die Metallarbeiter haben unter langer Arbeitszeit, schlechter Behandlung — überhaupt unter allen Uebelständen des Arbeiterlebens — ungebühr zu leiden. Es ist daher notwendig, daß die Metallarbeiter sich vereinigen, denn nur durch die Vereinigung kann eine Besserung unserer Lage erzielt werden. Bekannter Beifall lohnte den Referent. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: Die heute in Sanow's Restaurant tagende öffentliche Versammlung der Schlosser, Dreher und Berufsangehörigen in längerer Auseinandersetzung des Referenten Herrn Baus aus Berlin soll und ganz einverstanden und vertritt, mit aller Kraft für die Sozialdemokratie zu kämpfen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde Genosse Deumer mit 76 und Genosse Gehring mit 104 Stimmen gewählt. Unter Verschiedenem wurde eine Kommission von 6 Personen gewählt, welche die Vorarbeiten zum Kongress erledigen soll und bei der Kaiserzeit am 3. Mai den Betrieb der Marken zum Generalausverkauf übernehmen soll. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Zum Bergarbeiterfreil. Der Vorstand des Vereins für die bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund erließ in diesem Zusammenhang eine Beschlusseinsendung, in welchem um unbedingten Anschluß der „kontrafraktionären“ Bergleute von der Arbeit getreten wird. Man sieht also, der Kampf soll mit allen Mitteln, mit aller Härte geführt werden. So macht auch die Firma Krupp bekannt, daß alle Arbeiter, welche am 28. April die Arbeit nicht aufnehmen, aus der Belegschaft getrieben werden. Noch schlimmer verfährt der Großindustrielle Wilhelm Hünte in Hagen. Er macht sogar die Wiedererrichtung eines feiernden Bergmanns von einer zu zahlenden Buße von 50 Mark abhängig. Im ganzen wird die Zahl der Streikenden sich auf etwa 20-30000 belaufen. Entschieden abgesehen sich der Saarbrücker Bezirk dem Auslande, und der vormalige Arbeiterverein zu Witten vertritt einen „energievollen Protest“ gegen den Streik. In Essen ist nach den neuesten Meldungen der Ausstand in der Abnahme begriffen und auf den Zechen „Hiberna“ und „Stamm“ in Bochum arbeitet die ganze Belegschaft. Der Bergmann Baner, welcher den Vorsitz in der Delegiertenversammlung in Bochum führte, wurde wegen „Ausreizung zum Ausstande“ verhaftet. Genso der Bergmann Hilde, weil er die Leute von der Einfahrt los abgehalten habe. Weitere Verhaftungen sollen auch sonst in Bochum vorgekommen sein. Die Behörden gehen gegen jede Ausbreitung aufs Schärfste vor. Im großen und ganzen liegen die Verhältnisse für die feiernden Bergleute ungünstig. An dem Siege zweifeln selbst die Führer. Der Streikant dürfte es wohl sein, daß die Eisenbahnen seit dem 27. April Kohlen zu ermäßigten Tariffen bestücken. Wohl im Zusammenhang mit dem reinlich-wirtschaftlichen Ausstande steht die Bewegung der Bergleute in Belgien. Neuen Nachrichten zufolge, empfahl eine Versammlung von 4000 Bergleuten im Vorname den allgemeinen Ausstand für Ende Mai. Es wurde darauf gedrungen, daß der selbige Streik gleichzeitig mit dem deutschen ausbreite. Auch in Frankreich, speziell im Vos de Calais ist der Ausbruch eines Ausstandes wahrscheinlich. Trotz alledem dürfte die Aussicht, daß die ganze Bewegung verfehlt sei, ihre Möglichkeit behalten.

Wesentliches, 28. April. Auf dem dritten Schacht „Wilhelmine Viktorie“ beurlaubten heute drei mit Arbeit beschäftigte Arbeiter. Zwei derselben blieben sofort tot, einer ist schwer verwundet.

17. April. Wegen Lohndruckerung um 20-25 Proz legten gestern die Arbeiter der Habelmeierischen Schuhfabrik die Arbeit nieder, worauf den Auspugern gefolgt wurde.

Zum Bergarbeiterfreil.

Der Antrag des Reichs v. Bismarck bringt § 31 des Berggesetzes, § 153 der Reichsverordnung, § 110 des Straßburgergesetzes und § 9 des preussischen Berggesetzes in Erinnerung. Für Driftschalen, in denen Boden belgen sind, deren Belegschaft die Arbeit unter Vertragsbruch niedergelegt hat, wird die Polizeieinfunde auf 8 Loh abends festgesetzt. Desgleichen Festlichkeiten irgend welcher Art werden daselbst nicht genehmigt.

Die Behörden sind infolge höherer Weisung zur größten Vorsicht angewiesen und treffen ihrerseits auch wieder Vorkehrungsregeln. Jede die Arbeit niedergebende Belegschaft muß sofort telegraphisch der betreffenden Staats-

verwaltung resp. Oberstaatsanwaltschaft angezeigt werden, welche Anordnungen trifft, damit „Ausgewiesener“ etc. gleich verhaftet werden, eine Maßregel, die freilich auch sehr leicht Deliquente treffen und dadurch Aufregung und Unruhe verursachen kann.

Gelsenkirchen, 28. April. In der Jede „Bismard“, im alten Schacht, wurde heute vormittag durch einen Spindelbruch die Fördermaschine getrimmt. Ein Förderkorb geriet in den Schachtfuß, ein anderer ging durch das Dach des Gebäudes. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu befürchten. Das Pumpwerk ist inaktiv geblieben. Die große Belegschaft des Berges muß über 14 Tage feiern. Die Tage im hiesigen Streikereis ist unverständlich. Der zweite Schacht der Krupp'schen Werke „Sannover“ ist heute geschlossen worden, angeblich für 4 Wochen.

Essen a. d. Ruhr, 28. April. Der „Reinlich-Wirtschaftlichen Zeitung“ zufolge, hat sich am Nachmittag ein weiteres Abnehmen des Streiks bemerkbar gemacht. — Der Vorstand des allgemeinen Knappschützervereins bringt heute auch zur Kenntnis der Belegschaften, daß nach §§ 24 und 25 des Statuts die Mitglieder 3. Klasse ohne Rücksicht auf die gezahlten Beiträge ihrer Mitgliedschaft sofort, und die Mitglieder 1. und 2. Klasse, wenn sie länger als einen Monat feiernd, verlustig gehen.

Dortmund, 28. April. Der Bergarbeiter-Delegierte Dieckhoff ist, wie die „Stn. Ztg.“ meldet, ebenfalls wegen Unentschieden zum Ausstande verurteilt worden. — Die reinlich-wirtschaftliche Zeitung nehmen nach demselben Blatte morgen den Betrieb in vollem Umfang wieder auf.

Vermischtes.

* Nur Zahlungsunfähigkeit (Insolvenz), nicht Betrug. Wie die Bourgeoisblätter über einen der ihrigen berichten. Das „Post. Wochenbl.“ schreibt am 26. Sommerfeld, 19. April. Insolvenz. Das seit ca. 8 Tagen in unserer Stadt kursierende Gerücht über die Insolvenz einer am hiesigen Orte angesehenen und für gut situiert gehaltenen Firma bestätigt sich und ist dieser Fall um so bedauerlicher, da der Inhaber, fürberreiber Herr B., auch fremde Gelder, die ihm als Vorsteher zweier hierorts bestehenden Sterbefassen anvertraut waren, um ca. 14000 M. geschmälert hat. In einer am Mittwoch einberufenen Versammlung fand man aus den mangelfast gefährdeten Büchern heraus, daß seit 1883 keine Revision der Kasse mehr stattgefunden habe. Heute abend fand Versammlung der Mitglieder der zweiten Kasse statt und stellte sich hier auch ein Defizit von ca. 7000 M. heraus. Ganz besonders schmerzlich berührt dieser Vorfalle die ärmeren Bewohner unserer Stadt. Die noch vorgefundenen Gelder wurden dem B. abgenommen und einstweilen bei der Reichsbank-Wehnstelle deponiert. In anberaumten Generalversammlungen soll über das fernere Wohl und Wehe der Vereine beschloffen werden. Heute nachmittag fand gerichtlich die Haftnahme des B. statt.

— Ja, wenn der Spitzhüte ein Proletarier gewesen wäre, so hätte das Blatt den Betreffenden nicht „bedauert“, sondern hätte seiner „Empörung Ausdruck verliehen“, es hätte nicht geschrieben „geschmälert“, sondern „gehoben“, und die ärmeren Bewohner der Stadt wären nicht „schmerzlich berührt“, sondern „mit Recht entrüstet“ gewesen. — Wert dem das Blatt nicht, daß es durch solche Selbstzerstörung sich selbst zu Mitschulbigen des Diebstahls macht?

* Die Ahnen unseres Adels. Bei dem Dorfe Grube hinter Potsdam ist man auf einen alten Pfahlbau gefolten. Derselbe ist nach den Fundstücken mittelalterlich: Sporen, Schwerter, Pferdegeschiffe u. dergl. Darunter befand sich aber auch ein Band Dietriche. Der Pfahlbau war ein Zufluchtsort der Raubritter und die Dietriche dienten zum Öffnen der Geldkästen der überfallenen Kaufleute. — Die heutige Diebeszunft, die mit Dietrich und Stemmeln arbeitet, hat also ihr Vorbild in den Ahnen unseres Adels, dem alten Strauchrittertum.

* Morphemuhlen. Wie der „Gaulois“ berichtet, giebt es in Paris eine Anzahl von Häusern, in denen Morphemuhlen Gelegenheit erhalten, ihrer zerrütteten Leidenschaft zu frohen, und zwar sind es ausschließlich Frauen, aus denen sich die Klientel dieser Häuser zusammensetzt. Die Besucherinnen, die nur gegen vorher ausgegebene Erkennungsarten Einlaß finden, müssen bei ihrer Ankunft lange dunkle Gänge durchschreiten und kommen dann in einen großen Empfangsalon, der nur durch ein Kaminfeuer erhellt ist. Ringsum liegen auf Sophas und Kissen Frauen ausgestreckt oder sitzen da mit hohen Augen, schlaffen Lippen und leuchtend. Einige werden von Krampfanfällen geschüttelt. Da öffnet sich eine Thür, durch welche ein Lichtstrahl aus dem hellen Nebenzimmer in das Halsbündel bringt. Eine Frau mit roten Lippen und glänzenden Augen, die vor Freude strahlen, tritt heraus. Alle die Angestellten fügen sich nun nach der Schwelle des Zimmers, wo eine Aite von verdächtigen Neuseen steht. Jede will zuerst an die Reihe kommen. . . Diese Zusammenkünfte wiederholt sich täglich mehr als zwanzigmal. Man begreift nicht, wie derartige Vergiftungsanstalten im Herzen von Paris bestehen können, ohne daß jemand einschreitet.

* Eine familiäre Szene spielte sich gestern abend in einem Hause der Neuen Grünstraße in Berlin ab. Der Amtsgeschreiber D. erschien im Auftrage des dortigen Amtgerichts I beaufs. Verhaftung des Nachlasses an der Thür des pensionierten Wachtmeisters R. und Klingelte. Ein alter Herr öffnete und der Amtsgeschreiber erklärte ihm unter Vorzeigung seiner gerichtlichen Vollmacht, die Verhaftung des

Nachlasses des verstorbenen Herrn R. vorzunehmen zu müssen. „Das geht ich unter keinen Umständen an“, meinte der joviale Alte. „Sie müssen“, lautete die Antwort, „sonst muß ich Gewalt brauchen und hierzu die Hilfe der Polizei anrufen.“ Auch das wird Ihnen nichts helfen“, schmunzelte jener; denn der Wachtmeister R. bin ich selbst; lebe Gott! sei Dank noch, bin sehr kräftig, hoffe, noch lange mich meiner jetzigen Befandtheit zu erfreuen, und werden meine liebenswürdigen Erben in Begleit sich wohl noch etwas mit der Teilung meines Nachlasses gebulden müssen.“ Der Antrag auf Verhaftung des Nachlasses ging allerdings von R. aus, und sind die dortigen Verwandten, respektable Leute, jedenfalls durch einen Späßvogel, der ihre Erbschaftshoffnungen launte, in den April gefickt worden. Der Beamte mußte unter diesen Umständen natürlich von der Verhaftung Abstand nehmen.

Luftige G. d. e.

Wir oder nicht? In einem Streite über den richtigen Gebrauch von mir und mich behauptete ein lässlicher Arbeiter, daß man im Singular „mich“, im Plural „mir“ sagen müsse. Nach einer Erklärung seiner sonderbaren Behauptung gefragt, antwortete er: Nun, wenn ich friere, sage ich „mich friert“, wenn meine Frau und ich friere, sage ich „mir friert“. Wo seine Gedanken waren. Professor der Botanik: Und was erwidern wir, wenn im April die Regentage beginnen? — Student: „Reite Damenstößen!“ Eine moderne Frau. Kammermädchen: „Ewädige Frau, ich muß Ihnen mitteilen, daß Ihr Mann“ — er hat mich in die Boden gerissen und Schöp genommen! — Ewädige Frau: „Daraus müssen Sie sich nicht machen. Er macht's mit mir genau ebenso, aber er denkt sich nichts dabei!“

Eingefandt.

An den Vorstand der Zentral-Fischer-Krankenkasse, Filiale Halle a. S. Eine umfangige Ueberprüfung wurde den Mitgliedern der Kasse am Montag abend zu teil als ihnen von Herrn Jabel die Mitteilung wurde, die Zahlstelle II vortheilhaft sei aufgehoben. Nun möchten wir uns die Frage erlauben, welcher Vorstand ist dazu berechtigt eine Zahlstelle aufzulösen, ohne daß es zur Kenntnis der Mitglieder kommt; jedenfalls wäre es Pflicht des Vorstandes gewesen, eine Versammlung einuberufen mit der Tagesordnung: Auflösung der Zahlstelle II bei Herrn Jabel; nun dann würde gewiß gegen dieses Verfahren energisch protestiert worden sein. Jedem ist aber dieser Schritt doch gewiß etwas verfehlt; wer schreit z. B. einem Mitgliede für sein volles Krantengeld Gewähre, wenn er nicht Kenntnis hat, daß die Zahlstelle vortheilhaft aufgehoben ist und er mit den Beiträgen der 6. Woche im Rückstand ist. Er hat sich vielleicht darauf verlassen, daß er am Montag bezahlen könne. Wie stellt sich der Vorstand zu dieser Frage, wenn das betreffende Mitglied erkrankt? Im Auftrag mehrerer Mitglieder am Pfahabend bei Herrn Jabel. R. Ruff, Königl. 22, 3 Et.

Tatsächliche Verächtigung.

In Nummer 92 dieses Blattes ist folgende Erzählung enthalten, unter der Ueberschrift: „Humanität der Agrarier und patriarchalisches Verhältnis.“ Auf Domäne Woldorf bei Götze sei ein Arbeiter, ein flüssiger Mann, von Domänenpächter eigenhändig durchgehört worden, weil er wegen Krankheit einmal nicht zur Arbeit erschienen sei und mit seiner Familie mitten im Winter auf die Straße gegen einen menschenfreundlichen Dienstherr sei kann wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt, weil der Schöffe Glasermeister B. auf dem Schuldig bestand. Diese Erzählung ist in allen Punkten unklar. 1. Der unterzeichnete Domänenpächter hat noch niemals einen seiner Arbeiter durchgehört, noch mitten im Winter auf die Straße werfen lassen. 2. Der Unterzeichnete ist auch nicht wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt, weil Schöffe Glasermeister B. auf dem Schuldig bestand. Uebershaupt ist Unterzeichneter noch niemals in einer Schöffengerichtsverhandlung verurteilt gewesen. Hiemann.

Anmerkung d. Red. Wir haben diese Besichte einem unserer Parteiblätter entnommen, in welchem wir aber eine Berichtigung nicht gefehen haben. Wäre in einem unserer Bundesorgane eine Berichtigung enthalten gewesen, so hätten andererseits dieselbe ebenfalls abgedruckt. Zur Sache selbst enthalten wir uns jeder Äußerung, da wir die Angelegenheit nicht auf ihren Wert prüfen können.

Un unsere Abonnenten.

Da die Auflage unseres Blattes in Peter Zuanahme begriffen, sehen wir uns veranlaßt, vom 1. Mai ab eine Neuordnung in den Austräger-verhältnissen vorzunehmen. Sollte uns durch unvorkünftliche Leute der Eine oder der Andere das Blatt nicht rechtzeitig erhalten, so bitten wir, uns dies sofort mitzuteilen. Expedition des „Volksblattes“.

Inserate

für das „Volksblatt“ für Halle und den Saalkreis* werden angenommen bei: Albert Sanow, Zigarrenhandlung, Gr. Schlamm (Forelle). Friedr. Köhler, Zigarrenhandlung, Steinweg und Lindenstr. 66. P. Hofmann, Zigarrenhandlung, Moritzwinger 1. Gehling, Zigarrenhandlung, Alte Promenade 28. Otto Mittag, Materialwarenhandlung, Giebichenstein, Hofstr. und Advokatenstr. 66.